

# Soziokultur im gesellschaftlichen und kulturpolitischen Wandel

*Michael Wimmer*

## *Ausgangslage*

Der Begriff der „Soziokultur“ ist in die Jahre gekommen. So wichtig eine Fortschreibung der mit diesem Begriff verbundenen Praxis für die unmittelbar Beteiligten sein mag, so wenig wird dem Fachbereich in der Öffentlichkeit Gestaltungskraft zugeschrieben. Diesbezügliche Zweifel hängen auch mit dem Umstand zusammen, dass es nicht flächendeckend gelungen ist, den Bereich zu institutionalisieren und damit auf eine nachhaltig tragfähige Basis zu stellen. Dieses strukturelle Defizit geht Hand in Hand mit kulturpolitischen Tendenzen, öffentliche Mittel, wo immer möglich, projektbezogen zu vergeben. Eine der wenig erfreulichen Wirkungen besteht darin, dass es den meisten Beteiligten nicht gelungen ist, der ihnen zugemuteten Prekarität (samt Versprechen auf kompensierende Selbstverwirklichung) zu entkommen und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu bewirken.

Wenn sich die Vertreter\*innen von „Soziokultur“ in ihrer „heroischen Phase“ (Hermann Voesgen) zum Ziel gesetzt hatten, möglichst alle Menschen am gesellschaftlichen Subsystem „Kultur“ zu beteiligen bzw. in ihrer „postheroischen Phase“ eine Institutionalisierung ihrer kulturpolitischen Anliegen voranzutreiben, so erscheinen heute wesentliche Begründungszusammenhänge eines spezifisch soziokulturellen Engagements auf neue Weise befragenswert: Immerhin kann davon ausgegangen werden, dass eine „Soziokulturalisierung“ der Gesellschaft heute weitgehend erfolgt ist.

Erreicht wurde sie freilich nicht mit politischen, sondern mit marktwirtschaftlichen Mitteln, die zu einer umfassenden Ästhetisierung und – damit verbunden – auch kulturellen Überformung des Alltagslebens geführt haben. Diese umfassende Infiltration der nationalen Gesellschaften mit Kultur hat allerdings kaum etwas an der gegenwärtigen Verschärfung sozialer Ungleichheit zu ändern vermocht, eher im Gegenteil. Und wir erfahren, dass die Vertreter\*innen rechtspopulistischer Parteien den aktuellen Trend zur „umfassenden Kulturalisierung aller Lebensbereiche“ zuallererst zur Verschleierung der von ihnen mitverursachten verschärften sozialen Widersprüche zu nutzen verstehen. Aber auch die diversitätsorientierten Strategien von Links, die darauf abstellen, auf kulturelle Besonderheiten bezogene Identitätskonzepte in die politische Arena zu werfen, tragen nach dem US-amerikanischen Politologen Mark Lilla (Lilla 2017) eher zur Entpolitisierung der unter das jeweilige kulturelle Etikett Fallenden bei als dass es zu einer Erneuerung von auf Emanzipation und Selbstermächtigung gerichteter Politiken käme.

Die aktuellen politischen, sozialen und damit auch kulturellen Veränderungen können nur verstanden werden vor dem Hintergrund einer ebenso umfassenden wie einer kapitalistischen Verwertungslogik folgenden technologischen Veränderung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Auf einer solchen Grundlage kann der Stimmungslage rund um die aktuelle digitale Revolution ein ähnlicher Charakter zugeschrieben werden wie der kulturellen bzw. kulturpolitischen Euphorie vor 40 Jahren.

Vieles spricht dafür, dass insbesondere der staatlich alimentierte Kulturbetrieb in seinem Schonraum die damit verbundenen Konsequenzen bislang nur sehr unzureichend reflektiert hat. Während weite Teile der Wirtschaft in den letzten Jahren auf der Basis der technologischen Entwicklung einen grundlegenden Transformationsprozess der Produktions-, aber auch der Rezeptionsverhältnisse durchgemacht haben, antworten bislang weite Teile des Kultursektors mit dem Anspruch auf betriebliche Kontinuität, der sie bestenfalls das eine oder andere digitale Add-on hinzufügen. Obwohl der Sektor wie kein anderer den Anspruch auf „Kreativität“ und „Innovationskraft“ erhebt, bleibt die Auseinandersetzung damit, was technologisch der Fall ist, bislang weitgehend marginal.

Und doch spricht vieles dafür, dass – wie übrigens alle Vorgängermedien – die aktuelle Phase der Digitalisierung drauf und dran ist, alle unsere Vorstellungen von „Kultur“ sowohl formal als auch inhaltlich grundlegend neu auszurichten. Schon jetzt nutzen weite Teile vor allem der jungen Generation völlig selbstverständlich digitale Medien als ihnen gemäße kulturelle Ausdrucks- und Kommunikationsformen, die sich bestenfalls noch marginal auf das kulturelle Repertoire beziehen, das den Beginn von „Soziokultur“ in ihrem Kampf gegen die „Hochkultur“ bestimmt hat. Mit der massenhaften Nutzung der digitalen Medien schwinden zunehmend die kategorialen Differenzen zwischen analog und digital und eröffnen damit Kulturräume, die – allen weitgehend barrierefrei verfügbar – noch vor wenigen Jahren völlig unvorstellbar erschienen sind.

### **Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen**

Die europäischen Gesellschaften befinden sich in einer tiefen multiplen und damit finanziellen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und damit auch kulturellen Krise. Gekennzeichnet ist diese von einem gravierenden Widerspruch: In der Geburtsstunde von „Soziokultur“ waren die Lebensverhältnisse der meisten Menschen wesentlich schlechter als heute; über den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen aber lag ein zum Teil naiver Fortschrittsglaube und damit verbundener kollektiver Optimismus gegenüber einer offenen Zukunft, die es von möglichst vielen gemeinsam zu gestalten galt. Der Kulturbetrieb galt dafür als herausragender Ort für alle diesbezüglich experimentierfreudigen Vordenker\*innen.

Diese Figur scheint sich heute in ihr schieres Gegenteil verkehrt zu haben, wenn sich zwar der durchschnittliche materielle Lebensstandard verbessert, die Zukunftsaussichten aber nachhaltig verdunkelt haben. Wenn sich die Gesellschaft der 1970er Jahre vereinfacht als „Aufstiegsgesellschaft“ charakterisieren lässt, so kommen Soziologen wie Oliver Nachtwey nunmehr zum Schluss, wir lebten in einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016), die ganz offensichtlich auch dem Kulturbetrieb und damit auch Soziokultur eine neue gesellschaftliche Stellung zuweist.

Waren die 1970er Jahre politisch geprägt von der Überwindung eines Nachkriegskonservatismus zugunsten des Ausbaues einer liberalen, auf umfassende Mitwirkung der Bevölkerung setzenden gesellschaftlichen Verfasstheit, so mehren sich zurzeit die Indizien für eine umfassende Krise der liberalen Demokratie. Damit wird augenscheinlich, dass sich das Koordinatensystem für „Soziokultur“, ursprünglich als Methodenset in Gang gesetzt, um „mehr Demokratie zu wagen“ (Brandt 1969), nunmehr in Zugzwang kommt, wenn es darum geht, weniger Demokratie zu verhindern.

Besonderer Bedacht ist dabei zu nehmen, dass es vor allem diejenigen sind, die sich durch die aktuelle Phase des globalen Kapitalismus benachteiligt sehen, die – fast 75 Jahre nach dem bitter erkämpften Ende diktatorischer Herrschaftsformen – bereit sind, demokratische Errungenschaften in Zweifel ziehen und sich stattdessen mit autoritären Politikangeboten wieder anzufreunden.

Unter wachsenden Druck geraten vor allem die „liberale Eliten“ – unter ihnen wohl auch die meisten Apologet\*innen von Soziokultur – deren unverbrüchliches Eintreten für die Beibehaltung, ja den weiteren Ausbau demokratischer Errungenschaften von wachsenden Bevölkerungsgruppen zuallererst als Verrat derer Interessen interpretiert wird. Diese demokratieaffinen Eliten hätten es sich im Rahmen der aktuellen wirtschaftlichen Verfasstheit gerichtet; sie hätten sich mit den wirtschaftlichen Machträgern verbündet, mit dem Ziel, alle anderen von den wirklich wichtigen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Auf dieser Basis sei die öffentliche Auseinandersetzung um eine weitere demokratische Vertiefung zu einer Scheindebatte verkommen. Deren Funktion bestünde fortan darin, die herrschende Privilegierung der Sprecher\*innen zu befestigen und damit die bestehenden sozialen Ungleichheiten weiter zu verschärfen.

Zu diesem wachsenden Ressentiment gegenüber einer liberalen Elite gehört auch die Unterstellung, die „eigene Kultur“ zu verraten. Ihre Begeisterung für kulturelle Vielfalt (die sie

als Omnivores ausleben) sei dazu angetan, die kulturelle Identität zu untergraben und damit der materiellen auch noch eine immateriell-symbolische Benachteiligung hinzuzufügen. Eine zusätzliche Aufladung erfährt diese Verratsgeschichte durch die aktuellen Zuzugstendenzen, wenn unterstellt wird, damit würde die deutsche Gesellschaft durch tribal verfasste Minoritäten zusätzlich unterminiert. Sie würden mit ihren traditionell starken kulturellen Zugehörigkeiten früher oder später einen eigenen kulturellen Herrschaftsanspruch stellen, dem die liberalen Eliten mit ihrem alles verwässernden Kulturrelativismus nichts entgegen zu halten hätten. Einem solchen Trend – so die simple, von Populisten favorisierte Schlussfolgerung – könne nur mit autoritären Mitteln zur unbedingten Verteidigung der „eigenen Kultur“ begegnet werden.

In einem solchen Szenario stehen sich bereits überwunden geglaubte unterschiedliche soziale Gruppen zunehmend unvermittelt gegenüber, die konservative Historiker wie Paul Nolte (Nolte 2005) bereits wieder vom Hervorkommen einer „neuen Klassengesellschaft“ sprechen lässt. Es ist diese Form der Polarisierung, die für eine Neue Rechte den idealen Nährboden für ihre Agitationsarbeit bietet. Mit der Losung eines neuen „kulturellen Abwehrkampfes“ streben sie auf eine neue kulturelle Hegemonie zu und erweisen sich darin als zunehmend machtvolle kulturpolitische Akteure, deren zentrale Zielsetzungen auf die Wiederaufladung eines Mythos von einer nationalen homogenen Kultur hinausläuft, auch wenn eine solche mit dem „retrotopischen“ Blick in eine vermeintlich besseren Vergangenheit laut Zygmunt Baumann (Baumann 2017) so nie bestanden hat.

### ***Auf der Suche nach einem neuen Kulturbegriff und seinen kulturpolitischen Rahmenbedingungen***

In den letzten Jahren haben sich Art und Umfang der kulturellen Infrastruktur in Deutschland nachhaltig verbreitert und verdichtet; mehr Menschen als je zuvor können heute ein zunehmend ausdifferenziertes Kunst- und Kulturangebot wahrnehmen.

Und doch zeigt sich, dass dessen Angebot nach wie vor vorrangig von hoch- und höchstgebildeten bzw. wohlhabenden Gruppen wahrgenommen wird (Kulturbarometer). Während aber in der Gründungsphase von Soziokultur niederschwellige Kulturinitiativen gemeint haben, sich vorrangig gegen eine, im traditionellen Kulturbetrieb repräsentierte bürgerliche kulturelle Hegemonie wehren zu müssen, so haben diese heute viel von ihrer ehemaligen Dominanz als „für alle“ verbindliche Referenzmedien verloren. Ja, für eine Minderheit stellt ihr Angebot nach wie vor eine wichtige Orientierung dar (der sie Geld und Freizeit widmen); für eine Mehrheit hingegen hat das Angebot des hoch- ebenso wie des soziokulturellen Betriebs – trotz Beibehaltung beträchtlicher staatlicher Privilegierung – zuletzt wesentlich an Bedeutung verloren. Mehr, es spielt für die Ausgestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Rolle mehr. Stattdessen orientiert sich diese – je nach Zugehörigkeit zu ihren Milieus – an einer Reihe anderer Referenzen, zu denen familiale und Peergroup-Affinitäten ebenso gehören wie eine weithin unüberschaubar gewordene Angebotsvielfalt der kommerziellen grenzüberschreitenden Kultur- und Medienindustrie.

In der Bereitschaft, die Brille des etablierten Kulturbetriebs abzulegen, zeigt sich unschwer, dass sich der Anspruch einer „Kultur für alle“ längst durchgesetzt hat, wenn auch in anderer Form, als sich das deren Promotor\*innen ursprünglich vorgestellt haben. Folgt man dieser Einschätzung, dann liegt die zentrale kulturpolitische Herausforderung nicht mehr darin, eine solche endlich durchzusetzen, sondern diesen in der aktuellen gesellschaftspolitischen Verfassung mit einem erneuerten kultur-politischen Inhalt zu versehen.

Diesbezügliche Veränderungen zeichnen sich u.a. anhand einer schleichenden Reorientierung von Kulturpolitik von der Kulturproduktion samt ihren zentralen Akteuren (Künstler\*innen, Institutionen) zur Rezeption ab. So sehen sich vor allem öffentlich geförderte Kunst- und Kultureinrichtung immer mehr mit einem staatlichen Auftrag ausgestattet, sich um bislang benachteiligte Zielgruppen zu bemühen, mit einer neuen Generation von Programmangeboten deren konkrete Lebensverhältnisse zu adressieren und auf dieser Basis

mit ihnen in Kommunikation zu treten. In Erfüllung dieses Auftrages haben mittlerweile alle größeren Kunst- und Kultureinrichtungen eigene Bildungs- und Vermittlungsinitiativen implementiert bzw. eine Reihe neuer Settings und Formate (Outreach, Proms,...) geschaffen, in der Hoffnung, damit an die kulturellen Interessen bislang abseits stehender Gruppen anknüpfen zu können.

Diese neue Aufmerksamkeit gegenüber denjenigen, die nicht selbst als Künstler\*innen auftreten, für den Kunstprozess als potentielle Rezipient\*innen aber unabdingbar sind, spiegelt sich auch in neuen Formaten der Künstler\*innenaus- und -fortbildung, die in zunehmenden Ausmaß sozial-intervenierende bzw. partizipative Kunstpraxen verhandeln, um auf diese Weise die Stellung von Kunst in der Gesellschaft zu verändern.

Diese Entwicklung zu einer zumindest partiellen Öffnung des etablierten Kulturbetriebs gegenüber denjenigen, die bislang abseitsgestanden sind, hat nolens volens auch gravierende Auswirkungen auf den Bereich der Soziokultur. Immerhin bezog er bislang eine wesentliche Legitimation aus der – staatlich geförderten – Hermetik des etablierten Kulturbetriebs, die den größeren Teil der derart ausgeschlossenen Bevölkerung auf ein kommerzielles bzw. auf ein soziokulturelles Angebot verwiesen hat. In dem Maße, in dem sich die traditionellen Einrichtungen der Hochkultur im kulturpolitischen Zugzwang sehen, sich bislang vernachlässigten sozialen Gruppen zuzuwenden, schwinden die Argumente zugunsten der Aufrechterhaltung einer eigenen soziokulturellen Infrastruktur. Deren Vertreter\*innen tun sich zunehmend schwer, sich als Medium der sozialen Kompensation zu verstehen. Damit aber relativieren sich alte Gegnerschaften, ihre Überwindung erlaubte zumindest partiell neue Durchlässigkeiten in Form von Kooperationen, die Kulturschaffende ebenso wie Nutzer\*innen die derart permeabel gewordenen Institutionengrenzen überwinden lassen.

So sehr es als ein Fortschritt angesehen werden konnte, der Soziokultur im Rahmen der bestehenden Förderstrukturen den Status einer eigenen Sparte zuzuerkennen, so sehr steht die Fortsetzung einer solchen kategorialen Trennung heute zu Disposition. Dies gilt umso mehr als sich eine Reihe von Soziokultur-Einrichtungen in den letzten Jahren als Orte eines vielfältigen kulturellen Lebens professionalisiert haben und etwa als „Mehrsparthäuser“ unterschiedlichste kulturelle Angebote beherbergen. Diesen mit Hinweis auf ihr soziokulturelles Engagement den Status als vollwertige Mitwirkende an der Weiterentwicklung der jeweiligen Kunstsparte zu verweigern, liefe auf eine zunehmend willkürliche Trennung der künstlerischen Arbeitsmärkte hinaus, in der Regel zum Nachteil derjenigen, die sich bereit erklären (müssen), sich an soziokulturellen Projekten zu beteiligen. Dies gilt auch und besonders in Bezug auf die geographisch unterschiedlich ausgestattete kulturelle Infrastruktur, wenn soziokulturelle Zentren vor allem im ländlichen Raum oft als einzig verbleibende Kulturanbieter auftreten (Kleinkunst, Jazz, Pop,...). In diesen Begründungszusammenhängen mutieren soziokulturelle Zentren zu herausragenden Rekrutierungs- und Realisierungsform einer nachwachsenden Künstler\*innenschaft, die hier Orte geboten bekommt, an denen sie sich zu erproben vermag, ohne deswegen gleich an den rigiden Qualitätsmaßstäben des offiziellen Betriebs gemessen zu werden.

Eine solche Neupositionierung erlaubt potenziell Interessierten einen weichen „Einstieg in die Kunst“ ohne sich deswegen von den ebenso ungebrochen rigiden wie informellen Barrieren des etablierten Hochkulturbetriebs abgewiesen zu fühlen. Als solche ermöglichen die Zentren eine Verbreiterung des Verständnisses für bestimmte kulturelle Ausdrucksformen, die sich im Schaffen der jeweiligen Einrichtungen widerzuspiegeln vermögen.

Was den Anspruch auf „Verbesserung von Lebensqualität“ angeht, den Soziokultur gerne wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat, so zeigt sich unschwer ein besonderer Widerspruch zwischen Wunsch und Realität vor allem bei denjenigen, die im Bereich der Soziokultur tätig sind. Während ein Gutteil der Aktivitäten ungebrochen ehrenamtlich ausgeführt wird, sehen sich die meisten in dem Bereich tätigen Mitarbeiter\*innen auch nach einer 40jährigen Entstehungsgeschichte prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt. Als solche erklären sie sich bereit, unterdurchschnittliche, oft an die Selbstaussbeutung schrammende berufliche Bedingungen gegen ein überdurchschnittliches Ausmaß an Selbstverwirklichung zu tauschen.

Die auch kulturpolitisch höchst brisante Frage, ob sie damit ein gutes Beispiel für befriedigende Arbeits- und Lebensbedingungen für all diejenigen abgeben, an die sich ihr Angebot richtet, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.

Immerhin zeichnet sich im Moment in diesem Sektor ein einschneidender Generationenwechsel an, der in Bezug auf neue Themenstellungen, Qualifikationserfordernisse ebenso wie Statusdefinitionen einer befriedigenden Antwort schon sehr bald eine neue Dringlichkeit geben könnte.

Die Enquete-Kommission der Deutschen Bundestages bezeichnete es bereits vor mehr als zehn Jahren als ein „immer noch anzutreffendes Klischee“, dass sich das Angebot soziokultureller Zentren auf soziale Randgruppen beschränken würde. Die Autor\*innen kommen dem entgegen zum Schluss, dass diese als Begegnungsstätten mittlerweile gesellschaftlich breit akzeptierte Kulturinstitutionen darstellen würden, in denen sozial-integrative, generationenübergreifende und interkulturelle Aktivitäten stattfinden. In Ermangelung hinlänglich repräsentativer Daten zu den Nutzer\*innen lässt sich dieser Befund nur schwer verifizieren oder auch falsifizieren. Gemeinsam aber ist den meisten der einschlägigen soziokulturellen Initiativen und Einrichtungen ein besonderes Engagement für alle Arten der sozialen Randständigkeit. Zu konstatieren ist ein Fortbestand eines „politischen Überschusses“, der darauf drängt, vorrangig sozial Benachteiligten neue Perspektiven zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu eröffnen.

In einem solchen, durch die aktuellen Befunde zur zunehmenden Individualisierung gestützten Ambiente kann es zur Überwindung von bislang als weitgehend sakrosankt definierten Grenzziehungen zwischen Kulturproduktion, Vermittlung und Rezeption zunehmend verflüssigten (Göhler 2006) und à la longue zu neuen, der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaften adäquateren auch kulturellen Realisierungsformen kommen. Diese beschränken sich freilich nicht auf die unmittelbaren kulturellen Aktivitäten; unter dem Begriff der „Cultural Governance“ (Schad 2019) haben sie mittlerweile auch den Bereich der kulturpolitischen Entscheidungsfindung erreicht. Als solche laufen sie darauf hinaus, denjenigen, an die sich das jeweilige kulturelle Angebot richtet, Mitsprache nicht nur bei der Programmentwicklung, sondern darüber hinaus auch bei der Ausgestaltung der institutionenpolitischen Ausgestaltung zu gewähren.

Wenn aktuell als die drei großen kulturpolitischen Herausforderungen Diversität, Partizipation und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen angesprochen werden, dann hat sich auch der Bereich der Soziokultur auf die Gegebenheiten einer plural verfassten Migrationsgesellschaft einzustellen, der darauf abstellt, Möglichkeiten der Vergemeinschaftung jenseits aller gegenwärtigen Verschiedenartigkeit ethnischer, religiöser, kultureller oder auch sozialer Hintergründe zu gewährleisten. Vieles spricht für die Annahme, dass er dazu alleine nicht in der Lage sein wird; entsprechend wichtig erscheint die Weiterentwicklung einer – erst jüngst als eigenes Politikfeld etablierten – Querschnittsmaterie, die erst im Zusammenwirken mit Akteuren anderer Politikfelder (Soziales, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung, Jugendhilfe, Stadtentwicklung...) ihre volle Wirkung zu entfalten vermag.

Beobachtet man die aktuelle kulturpolitische Schwerpunktsetzung, so erscheint diese – auch ohne explizite Überschrift in Sachen Kulturelles Erbe – weitgehend vergangenheitsorientiert. Ungebrochen bezieht sich der überwiegende Teil des kulturpolitischen Engagements auf Emanationen überkommener kultureller Ausdrucksformen, während das, was kulturell aktuell der Fall ist, weitgehend ausgeblendet wird. In diesem Zusammenhang erscheint die strukturelle Benachteiligung des Genres „Film“ als das Jugendmedium des 20. Jahrhunderts konstitutiv. Ähnliche blinde Flecken bahnen sich für das 21. Jahrhundert an, wenn neue Kunstformen, etwa im Bereich des digital Gamings, von den wesentlichen kulturpolitischen Akteuren nicht wahrgenommen werden, obwohl diese weite Teile der Bevölkerung bereits zu ihrer kulturellen Grundausstattung gemacht haben. Vor allem dort, wo soziokulturelle Initiativen es darauf anlegen, neue Kommunikationen mit nachwachsenden Generationen zu entwickeln, wird ihr Fortbestand wesentlich von der Bereitschaft abhängen, sich selbst als

kulturell neugierig zu erweisen und „Kultur“ in ihren aktuellen Erscheinungsformen zu verhandeln. Ansonsten droht unweigerlich die Punzierung als Ort der nostalgischen Erinnerung.

### *Szenarien der Weiterentwicklung*

Vieles spricht also für eine konzeptionelle und damit auch inhaltlich neu aufzuladende Neubegründung des Sektors „Soziokultur“ anhand seiner mittlerweile unüberschaubar vielfältig gewordenen Praktiken. Deren Kontextualisierung legen auch eine neue Sicht auf liebgewordene Vorstellungen von Kultur nahe.

In einer Gesellschaft, der die große Erzählung in Gestalt eines umfassenden politischen Reformprojektes abhandengekommen ist, stellt sich ganz rasch die grundsätzliche Frage, wozu „Soziokultur“ noch von Nutzen sein kann. Vieles spricht dafür, dass das Engagement vieler Akteure der Soziokultur ganz ohne gesellschaftspolitische Zielsetzung nicht lange aufrechterhalten werden kann. Ein allfälliger „politischer Überschuss“ ergibt sich heute wie damals aus der Identifikation mit unterschiedlichsten Formen der Benachteiligung. Deutlicher als früher aber stellt sich heute die Frage, ob und wenn ja in welcher spezifischen Form Kulturarbeit dazu angetan ist, dem aktuell bedrohlich zunehmenden Ausmaß an Benachteiligung (dazu gehören dann wohl auch all die „Wutbürger\*innen“, die eine zunehmende Bereitschaft sehen, mit Rechtspopulisten zumindest ein Stück zu gehen) erfolgreich zu begegnen.

Die durch die zunehmende Pragmatisierung von Politik in Gestalt zunehmend ununterscheidbarer Volksparteien erzwungene Ortlosigkeit von „Soziokultur“ wird noch einmal verstärkt durch die Übertragung des Reformgedankens von der Sphäre der Kulturpolitik in die Sphäre der Technologie. Reform, ja Revolution wird heute vor allem technologisch konnotiert. Und in der Tat steht zu erwarten, dass eine immer weiter beschleunigte Digitalisierung und Automatisierung bereits in wenigen Jahren selbst die intimsten Bereiche unserer Lebens- und Arbeitswelten erfassen dürfte, über deren Auswirkungen auf den künftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt heute bestenfalls spekuliert werden kann.

Die unabweisbare Frage, vor die sich der Sektor der Soziokultur gestellt sieht, besteht darin, sich auf der Basis des Erreichten auf Rückzugsgefechte zu beschränken oder in der aktuellen unübersichtlichen Lage sich der Mühe zu unterziehen, einen ebenso zeitgemäßen wie klar vermittelbaren gesellschaftlichen Auftrag zu statuieren und sich damit noch einmal unter dem Banner von so etwas wie einer gesellschaftlichen Alternative zu versammeln. Das aber würde für's Erste bedeuten, verstärkt in Öffentlichkeiten Widerspruch gegenüber den Verursachern von Benachteiligung anzumelden und sich dagegen zu verwehren.

Zunehmend gefordert wird eine „Rückkehr des politischen Denkens“, darüber hinaus eine Erneuerung des historischen Bewusstseins sowie die Wiedergewinnung von Kritikfähigkeit. Weil es schwer sein wird, diese Aufgabe selbst als ein mittlerweile traditionsreicher kulturpolitischer Fachbereich allein zu bewerkstelligen, empfehlen sich neue Allianzen vor allem mit Akteuren der neuen sozialen Bewegungen, um mit Teilen der Zivilgesellschaft, denen daran gelegen ist, eine gesellschaftspolitische Dynamik am Laufen zu halten.

Dazu bedarf es wohl auch einer Erneuerung der institutionellen Neugierde, die in ihren konzeptionellen Überlegungen ebenso liebgewordene wie selbstreferentielle Schonräume der Konzeptionsarbeit verlässt und sich von benachbarten Fachdiskursen, die von Gesellschaftskritik, Politikwissenschaft, soziale Ungleichheitsforschung bis zur Jugendkultur- und Bildungsforschung reichen, inspirieren lässt.

Alles zusammen wird es der Anspruch nach einer Neukonzeptionierung von Soziokultur mit sich bringen, sich mit Widersprüchen auseinander zu setzen. In dem Maß, in dem sich weit und breit kein Akteur abzeichnet, der noch einmal in der Lage wäre, klare Vorgaben zu machen, werden die Akteure der Soziokultur nicht darum herumkommen, Widersprüche nicht

nur auszuhalten, sondern diese in den ganz konkreten Entscheidungssituationen auf immer wieder neue Weise produktiv zu machen.

Einige dieser strukturellen Widersprüche, die einer detaillierteren Behandlung bedürfen, seien an dieser Stelle noch cursorisch angeführt:

- Berücksichtigung der großen Unterschiede zwischen soziokulturellen Praxisformen zwischen **Stadt(rändern) und ländlicher Umgebung**.
- Berücksichtigung der **geographischen Differenzen**, die auch nach mehr als 25 Jahren der Wiedervereinigung Deutschlands zu berücksichtigen sind.
- Berücksichtigung der aktuellen **technologischen Entwicklung**, die an den Sektor der Soziokultur die Zumutung herantragen, sich an der Schnittstelle von real und virtuell neu zu verorten.
- Berücksichtigung des **Generationenwechsels**. In dem Maß, in dem die Gründer\*innen-Generation abtritt, wird eine jüngere Generation von Kulturaktivist\*innen mit zum Teil ganz anderen Sozialisierungen und damit verbundenen kulturellen Selbstverständnissen in die Institutionen hineinragen.
- Berücksichtigung der neuen **Qualifikationserfordernisse** und der für ihre Realisierung notwendigen Beschäftigungsformen, die zu einer Verbesserung des Standings führen können.
- Berücksichtigung der traditionellen **Randständigkeit der „eigenen Kunstsparte“** Soziokultur im Rahmen der kulturpolitischen Entscheidungsfindung.
- Stärkung der künftigen **Kooperationsfähigkeit** des Sektors. Als vorrangige Kooperationspartner eignen sich Kirchen ebenso wie Gewerkschaften, Jugendeinrichtungen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen...).
- Berücksichtigung des für den Sektor konstitutiven **Widerspruchs zwischen Institutionalisierung und Projektorientierung** (ist Gegenstand dieser Studie). Während vor allem Förderinstanzen zunehmend auf Projektorientierung (und darauf beschränkbare, temporär zu vergebende Ressourcen) setzen, verteidigen die Akteure der Soziokultur ihre institutionellen Errungenschaften und damit verbundene langfristige Engagements. So sehr diese einerseits scheinbare Sicherheit vermitteln, so sehr erschweren sie andererseits die Entwicklung flexibler Lösungen, die sich auf der Höhe der gesellschaftlichen Dynamik wissen. Nicht nur bei diesbezüglichen Entscheidungen zeigt sich ein vermehrter Bedarf an „Cultural Governance“, der die Akteure im Feld stärker in die kulturpolitische Entscheidungsfindung einbezieht und ihnen zumindest etwas von der Angst nimmt, die sich aus der relativen Willkür der dominanten Förderpraxis im Modus des Gewährens ergibt.

Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass eine anstehende konzeptionelle Neufassung von Soziokultur kein Selbstzweck darstellen sollte; stattdessen spricht vieles für eine Zielsetzung, die darauf hinausläuft, damit nicht nur die vielfältige Praxis neu zu kontextualisieren (und damit hoffentlich aufzuwerten), sondern zugleich einen breiteren öffentlichen Diskurs mit guten und möglichst einfach nachvollziehbaren Argumenten anzuregen. In diesem Zusammenhang steht es außer Frage, dass der Sektor der Soziokultur aufgrund seiner vielfältigen Erfahrungen wichtige Impulse nicht nur im genuinen Feld der Kulturpolitik, sondern auch in Bezug auf die Weiterentwicklung anderer Politikfeldern zu leisten vermag. In der aktuellen „Aufmerksamkeitsökonomie“ spricht viel dafür, dass damit nicht nur noch einmal ein breiteres Interesse geweckt, sondern auch indirekter Einfluss auf die kulturpolitischen Entscheidungsfindungen genommen werden kann. In diesem Zusammenhang sollten auch neue Formen der medialen Kooperation geprüft werden.

Baumann, Zygmunt (2017): Retrotopia. Suhrkamp Verlag: Berlin

Brandt, Willy (1969): Regierungserklärung 1969

Göhler, Adrienne (2006): Verflüssigungen: Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft. Campus Verlag: Frankfurt

Lilla, Mark (2017): The Once and Future Liberal – After Identity Politics. HarperCollins Publishers: New York

Nachtwey, Oliver (2016): Abstiegs-gesellschaft. Suhrkamp Verlag: Berlin

Nolte, Paul (2005): Generation Reform: Jenseits der blockierten Republik. Beck'sch Reihe: München

Schad, Anke (2019): Cultural Governance in Österreich: Eine interpretative Policy-Analyse zu kulturpolitischen Entscheidungsprozessen in Linz und Graz. Transcript Verlag: Bielefeld